

ZBB 2000, 136

BGB §§ 133, 151, 157

Keine Annahme eines Erlaßangebots durch Scheckeinlösung über 2 000 DM bei geschuldeten 140 000 DM („Erlaßfalle“)

OLG Karlsruhe, Urt. v. 16.09.1999 – 8 U 224/98 (rechtskräftig), ZIP 2000, 534

Leitsatz:

Die Einlösung eines Schecks über 2 000 DM, den der 140 000 DM schuldende Darlehensnehmer seiner Bank zur einmaligen Ausgleichsbezahlung seiner Außenstände einreicht, führt nicht automatisch zum Erlaß der Restforderung. Einzelfallumstände wie keinerlei vorausgegangene Vergleichsverhandlungen, ein zinsverbilligtes Darlehen aus öffentlichen Mitteln und ein krasses Mißverhältnis zwischen Vergleichsangebot und offener Schuld sprechen gegen einen in der Scheckeinlösung zum Ausdruck kommenden Annahmewillen zum Abschluß eines Erlaßvertrages.